

Protokoll

**20. öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Migration und Gesundheit
vom 05.02.2026, Lüchow (Wendland), Kreishaus, Raum A 200**

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
1. Genehmigung des Protokolls der 18. Ausschusssitzung vom 06.11.2025
2. Genehmigung des Protokolls der 19. Ausschusssitzung vom 24.11.2025
3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Vorstellung Jobcenter durch den Geschäftsführer Herrn Huske
5. Vergütung des Lebensraum Diakonie e.V. für ambulante flächenorientierte Hilfe in der Beratungsstelle Lüchow 2026 2025/686
6. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI vom 06.03.2025: Einrichtung eines Beirates für Geflüchtete 2025/349
7. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 14.12.2025: Kampfmittelbelastung Neu Tramm 2026/694
8. Eilantrag: Anfrage des KTA Herzog (SOLI) vom 25.07.2025: Sprachdefizite bei Kindern bei der Einschulung: Soziale Ursachen, Folgen und Handlungsmöglichkeiten? 2025/482
9. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 9.1. Anfrage von KTA Herzog (SOLI) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.01.2026: Gibt es in DAN Fälle von Ersatzzwangshaft für Schulabstinenz? 2026/702
- 9.2. Konzept der Unterbringung Neu Tramm 2025/604
- 9.3. Anfrage von KTA Korth im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 25.01.2026: Bezahlkarte 2026/706
- 9.4. Wohngeldanträge

Anwesend:

KTA Bade, Heike Vorsitzende
KTA Carmienke, Christian anwesend ab 15:15 Uhr
KTA Dorendorf, Uwe anwesend bis 17:42 Uhr
KTA Gallei, Matthias
KTA Haase-Mühlner, Alexander anwesend von 15:05 Uhr bis 16:43 Uhr
KTA Herzog, Kurt
KTA Kretschmer, Sabine anwesend bis 17:40 Uhr
KTA Peters, Kerstin stellv. Vorsitzende
KTA Schulz, Torsten anwesend bis 16:58 Uhr
KTA Fathmann, Bernard anwesend bis 16:25 Uhr
KTA Römer, Sabine
Beratendes Mitglied Berg, Hartmut
Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel
Bardowicks, Marlene - Protokollführung
Ehrhardt, Stephanie - FDL Soziales und Wirtschaftl. Hilfen
Gleichstellungsbeauftragte Maatsch, Beate anwesend bis 17:40 Uhr

Gäste:

Huske, Fabian - GF Jobcenter

Es fehlen:

KTA Behrens, Marcel
KTA Himmel, Hanno entschuldigt
Seniorenbeirat Mende, Inge entschuldigt
beratendes Mitglied Russow-Henning, Ellen
beratendes Mitglied Socha, Michèle entschuldigt

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

KTA Heike Bade begrüßt die Anwesenden, aber auch die Zuschauer, die Verwaltung, Herrn Huske (Geschäftsführer des Jobcenters), die Presse sowie Herrn Helbig vom DRK. Sie stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest. Zudem gebe es keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

1. Genehmigung des Protokolls der 18. Ausschusssitzung vom 06.11.2025

KTA Heike Bade fragt nach Anmerkungen zum Protokoll der 18. Ausschusssitzung vom 06.11.2025, stellt fest, dass keine vorliegen, und ruft zur Genehmigung des Protokolls auf.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

2. Genehmigung des Protokolls der 19. Ausschusssitzung vom 24.11.2025

KTA Heike Bade betont, dass das Protokoll der 19. Ausschusssitzung vom 24.11.2025 genehmigt werden solle.

einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

KTA Heike Bade eröffnet die Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner.

Liesel Krüger stellt die erste Frage, in deren Rahmen sie sich über die Geltungsdauer der Förderrichtlinie des Ehrenamtsstopfs informieren wolle. Sie verweist darauf, dass diese am 15.12.2025 beschlossen wurde, und fragt, ob diese rückwirkend oder nur für 2026 gelte.

FDL Stephanie Ehrhardt erklärt, dass sie auch für 2025 gelten würde, und verweist auf den Beschluss.

Liesel Krüger erläutert, dass am 6.1.2025 ein Telefonat stattgefunden habe, in dem die Frist für Anträge bis 8.1. genannt wurde, später aber auf Ende Mai 2025 ausgeweitet wurde. Sie kritisiert, dass die Förderrichtlinien erst nach Eingang der Anträge beschlossen wurden.

FDL Stephanie Ehrhardt erläutert die Hintergründe, dass die Mittel in der Historie aus einer Spende des Rotary-Clubs in Höhe von 15.000 Euro im Jahr 2022 für Ukrainer entstanden seien. Sie betont, dass ab 2025 und 2026 eine einheitliche Richtlinie angestrebt wurde, wobei die Mittel in 2025 auf 25.000 Euro erhöht wurden.

Liesel Krüger fragt anschließend nach einer Whitelist für die Bezahlkarte von Geflüchteten, da diese zum Beispiel in öffentlichen Verkehrsmitteln nicht akzeptiert werde.

FDL Stephanie Ehrhardt erklärt, dass die Karte grundsätzlich überall genutzt werden könne, wo Visa akzeptiert werde. Sie betont, dass Bargeldabhebungen an Sparkassen nicht möglich seien, da diese Visa eben nicht akzeptiert. Einen Merktzettel hierzu, der durch den Landkreis, der an die Geflüchteten rausgegeben werden könne, gebe es bereits. Eine Whitelist sei eine im System hinterlegte Liste, die eine Überweisung ermöglicht ohne, dass der Landkreis vorher zustimmen müsse. Diese wurde bereits auf Landes- und Kreisebene eingerichtet.

Frau Overhage fragt zu einem Vorfall in Neu Tramm, bei dem ein Bewohner homophobe Übergriffe erlebt habe. Sie nennt eine Mail vom 28.11. und 2 Rückmeldungen vom 1.1., 21.1. und betont, dass seit November keine Maßnahmen zur Sicherheit ergriffen wurden.

FDL Stephanie Ehrhardt unterbricht, um darauf hinzuweisen, dass ein runder Tisch zu dieser Situation anberaumt sei. Datenschutzrechtlich könne im Ausschuss dazu keine Auskunft gegeben werden. Sie betont, dass Einzelfälle in öffentlichen Sitzungen nicht besprochen werden sollten.

KTA Heike Bade verspricht, sich nachträglich mit **FDL Stephanie Ehrhardt** abzustimmen, um den Sachverhalt zu klären. Sie schließt die Fragestunde und weist auf den nächsten Tagesordnungspunkt

4. Vorstellung Jobcenter durch den Geschäftsführer Herrn Huske

Geschäftsführer Jobcenter Fabian Huske erläutert die aktuelle Organisationsstruktur, Kundenstruktur und finanziellen Rahmenbedingungen. Er weist auf die Struktur der Fachbereiche hin, darunter die Beauftragte für Chancengleichheit, Widerspruchsstelle, Controlling und Finanzen, sowie den Bereich Marktintegration. Er berichtet über 2722 Regelleistungsberechtigte, die sich in 2091 erwerbsfähige Leistungsberechtigte, also die über 15-Jährigen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und die nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten von 631 aufteilen würden.

KTA Kurt Herzog kritisiert das Verhältnis von Fixkosten (zwei Drittel) zu Maßnahmen und Leistungen (ein Drittel) im Jobcenterbudget.

Geschäftsführer Jobcenter Fabian Huske bestätigt die Kürzung der Mittel des Bundes um eine Million Euro in sechs Jahren und kritisiert die gesetzliche Unschärfe der Eingliederungsmittelverordnung, die kleine Jobcenter benachteilige.

KTA Christian Carmienke fragt nach der Personalbemessung und Auswirkungen der Sozialrechtsreform.

Geschäftsführer Jobcenter Fabian Huske bestätigt, dass alle Personalstellen bis auf eine besetzt seien und sich die Personalplanung jährlich an der Kundenentwicklung orientiere. Er erläutert, dass die Auswirkungen der Reform noch unklar seien, aber das Jobcenter flexibel auf Veränderungen reagieren könne.

KTA Kurt Herzog fragt nach der Rolle von Sanktionen.

Geschäftsführer Jobcenter Fabian Huske betont, dass Sanktionen im Jobcenter nicht als Integrationsinstrument genutzt würden und die Statistik zu Sanktionen abgeschafft sei.

KTA Torsten Schulz fragt nach dem Rechtskreiswechsel bei Ukrainern.

Geschäftsführer Jobcenter Fabian Huske bestätigt, dass die Übergabe an den Landkreis noch nicht umgesetzt sei, aber in Vorbereitung.

Kenntnis genommen

5. Vergütung des Lebensraum Diakonie e.V. für ambulante flächenorientierte Hilfe in der Beratungsstelle Lüchow 2026 2025/686

FDL Stephanie Ehrhardt erläutert die Vorlage. Das Controlling habe die Vorlage erstellt, welche die 67er-Hilfen umfasse. Lebensraum Diakonie biete ein Basis- und Betreuungsangebot an. Die Bewilligung erfolge auf Grundlage der Kriterien, wobei die Mittel zu 100 % vom Land gegenfinanziert würden.

KTA Kurt Herzog kritisiert, dass die Umstände in den Obdachlosenunterkünften Dannenberg (Elbtalaue) zu den unteren Standards gehöre, beispielsweise fehle dort eine Waschmaschine und warmes Wasser im Unterschied zu Lüchow. Er betont, dass die Paragraphen 67 bis 69 SGB XII für Menschen gelte, die per Definition nicht in der Lage seien, bestimmte Dinge selbst zu bewältigen. Er fordere ein mobiles Betreuungsangebot, um die Situation auch in Dannenberg zu verbessern, und fragt, ob die Verwaltung dazu Stellung nehme.

FDL Stephanie Ehrhardt vermutet, dass die Nutzung des Beratungsangebots in Lüchow höher sei, die Voraussetzungen jedoch identisch seien. Sie betont, dass das Angebot grundsätzlich für alle Personen zugänglich sei, unabhängig vom Wohnort.

FDL Stephanie Ehrhardt erklärt, dass das Basisangebot und die ambulante Hilfe nicht nur in Lüchow, sondern auch an anderen Standorten durchgeführt würde. Sie erwähnt, dass sie sich nochmal mit der Samtgemeinde (Elbtalaue) in Verbindung setzen würde.

KTA Sabine Römer fragt nach der Zusammensetzung der 2378 Betreuungstage und der Grundlage der Vergütung.

FDL Stephanie Ehrhardt erklärt, dass die Betreuungstage auf zwölf Monaten basierten. Sie betont, dass die Vergütungshöhe durch einen Rahmenvertrag über eine Landeskommision festgelegt sei, wobei der Landkreis keinen Einfluss habe.

KTA Kerstin Peters betont, dass trotz der Kritik an der Samtgemeinde Elbtalaue eine Kommunikation notwendig sei, da Mobilität von Obdachlosen oft nicht gegeben sei.

KTA Matthias Gallei unterstützt die Vorstellung der Diakonie und betont die Wichtigkeit der flächenorientierten Hilfe. Er würdigt die Arbeit der Sozialarbeiter.

KTA Sabine Römer betont, dass die Gelder nicht nur zur Verwaltung, sondern auch zur direkten Hilfe genutzt werden könnten, beispielsweise durch die Bereitstellung von Wohnungen.

Der Lebensraum Diakonie e.V. erhält im Jahr 2026 für die ambulante Beratung und persönliche Unterstützung von Hilfebedürftigen nach §§ 67-69 SGB XII für das Basisangebot einen Betrag in Höhe von 65.560,12 € und für das Betreuungsangebot einen Betrag in Höhe von 84.916,11 €.

einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

6. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI vom 06.03.2025: Einrichtung eines Beirates für Geflüchtete	2025/349
---	----------

KTA Heike Bade betont, dass der Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Soli vom 06.03.2025 zur Einrichtung eines Beirates für Geflüchtete behandelt wird.

KTA Kerstin Peters erläutert, dass das Konzept für den Beirat für geflüchtete Menschen in Neu Tramm gemeinsam mit der Verwaltung erarbeitet wurde und von Frau Ehrhardt unterstützt wird. Das Konzept umfasse quartalsweise Treffen mit Haussprechern, ehrenamtlichen Betreuer/innen, dem Betreiber, Kreishaus-Mitarbeiterinnen und der Ausschussvorsitzenden, um Konfliktprävention, Informationsfluss und lokale Lösungen zu fördern. Die Funktionen des Beirates seien klar definiert: Mitgestaltung des Gemeinschaftslebens, Beschwerdemanagement, Interessenvertretung zur Mediation, Partizipation und Mitbestimmung.

KTA Christian Carmienieke fragt, ob der Antrag für weitere Migranten gelten solle, was **KTA Kerstin Peters** verneint, da der Antrag explizit auf Neu Tramm beschränkt sei.

KTA Christian Carmienieke kritisiert, dass die Begründung des Antrags nicht zur aktuellen Konzeption passe, und verlangt Klarstellung.

FDL Stephanie Ehrhardt befürwortet den Beirat auch als Instrument zur Konfliktvermeidung und zur Vermeidung öffentlicher Diskussionen, wie sie in der Einwohnerfragestunde stattgefunden hätten. Sie betont die Notwendigkeit, das Konzept personell leistbar zu gestalten und mit dem Nutzungskonzept der Unterkunft abzustimmen.

KTA Kerstin Peters hebt die demokratische Mitwirkung der Geflüchteten hervor.

Beratendes Mitglied Hartmut Berg unterstützt den Beirat als Lösungsorientierung.

KTA Christian Carmienieke schlägt an, jährlich einen Bericht über die Beiratsarbeit zu planen.

KTA Thorsten Schulz fordert regelmäßige Berichte statt jährlicher.

Das Konzept für den Beirat in der Unterkunft Neu Tramm für geflüchtete Menschen wird verabschiedet und umgesetzt. Es wird regelmäßig über die Tätigkeiten des Beirats im FA SOZ berichtet.

geändert einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

7. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 14.12.2025: Kampfmittelbelastung Neu Tramm	2026/694
---	----------

KTA Heike Bade betont, dass der Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Soli vom 14.12.2025 die

Kampfmittelbelastung der Liegenschaft Neu Tramm thematisiert. Sie berichtet, dass die Beauftragung zur Untersuchung sämtlicher Standorte seinerzeit in Niedersachsen erfolgt sei, wobei Neu Tramm nicht vollständig untersucht wurde. Dieser Antrag fuße auf dem Versäumnis, die Untersuchung vor Kauf einzuholen.

KTA Kerstin Peters erklärt, dass der Antrag darauf abzielt, vor geplanten Baumaßnahmen gemeinsam mit allen Eigentümern der Liegenschaft Neu Tramm eine erneute Untersuchung durchzuführen. Sie betont, dass im Abschlussbericht festgehalten wurde, dass weiterer Untersuchungsbedarf besteht, da nicht abschließend belegt ist, dass keine Kampfmittel oder Verunreinigungen in der Erde verborgen seien.

KTA Christian Carmienieke fragt, ob es nur um die Schießbahn gehe, bei der Probleme bestünden, und verweist darauf, dass diese in den 90er Jahren untersucht wurde. Er betont, dass es wohl Belege gäbe, die die Nichtbelastung bestätigen und alles andere lediglich Diskussionen über nicht existierende Probleme sei und fordert, die Unterlagen nachzufordern.

KTA Uwe Dorendorf berichtet, dass der Eigentümer bei Kauf der Liegenschaft eine Bescheinigung erhalten habe, die die Untersuchung und Nichtbelastung ausweisen und schlägt vor diese nachzufragen.

EKR Simon Schermuly erläutert, dass im Vorfeld Anfragen zu Kampfmittelbeseitigungen in Neu Tramm gestellt wurden. Die Landesbehörden hätten ein Gutachten geliefert, das feststellt, dass Neu Tramm zwar geprüft, aber eine weitergehende Prüfung empfohlen wurde. Er hebt hervor, dass Bodenverunreinigungen in Neu Tramm existieren könnten, jedoch nicht den Bereich des Rundlings betreffen, da die Schießanlage und ein Hubschrauberlandeplatz außerhalb des genutzten Bereichs liegen. Zudem sei Neu Tramm nicht bombardiert worden, die Frage sei, ob Restmittel aus der V1-Produktion bestehen, was bisher nicht abschließend geklärt sei.

KTA Heike Bade bestätigt, dass beim KBD keine Dokumentation dazu vorliege, und erklärt, dass der Antrag darauf abzielt, genau dies zu klären.

KTA Christian Carmienieke fragt, ob der Antrag auf das gesamte Gelände von Neu Tramm abzielt oder nur auf den Landkreisanteil.

KTA Heike Bade erklärt, dass der Antrag sich auf die gesamte Liegenschaft, einschließlich Wald und eingefriedeten Geländes, beziehe, und betont, dass der Landkreis nur Einfluss auf sein eigenes Grundstück habe, aber mit den anderen Eigentümern kooperieren müsse.

Beratendes Mitglied Hartmut Berg betont ebenfalls, dass es sinnlos sei, den Antrag nur auf das Landkreisgrundstück zu beschränken, und fordert eine Zusammenarbeit mit allen Beteiligten.

KTA Heike Bade bestätigt, dass der Antrag dies vorsehe.

Beratendes Mitglied Hartmut Berg betont, dass bei Bedarf Räumungen durchgeführt werden müssten, und dass Sicherheit Vorrang habe.

KTA Sabine Römer betont, dass die logische Konsequenz bei fehlenden Unterlagen eine Untersuchung sei.

Die Verwaltung wird beauftragt Unterlagen beim vorherigen Eigentümer einzuholen. Sollten hier keine Unterlagen vorliegen, werden diese beim Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen (KBD) angefordert. Die Ergebnisse sind dem nächsten FA SOZ vorzulegen

geändert einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

8. Eilantrag: Anfrage des KTA Herzog (SOLI) vom 25.07.2025: Sprachdefizite bei Kindern bei der Einschulung: Soziale Ursachen, Folgen und Handlungsmöglichkeiten?	2025/482
---	----------

KTA Heike Bade betont, dass die Anfrage des Kreistagsabgeordneten Kurt Herzog vom 25.7.25 zur Thematik der Sprachdefizite bei Kindern anlässlich der Einschulung sowie deren sozialen Ursachen, Folgen und Handlungsmöglichkeiten behandelt wird. Sie fragt, ob es dazu Stellungnahmen gibt.

KTA Kurt Herzog begründet seine Anfrage mit der Beobachtung, dass die Sprachentwicklung von Kindern in den Schuluntersuchungen katastrophale Befunde liefere. Er nennt konkrete Zahlen: 40 Prozent der Jungen und 30 Prozent der Mädchen weisen Auffälligkeiten auf. Diese Entwicklung hänge stark vom sozialen Hintergrund, dem Geschlecht und dem Migrationsstatus ab. Er kritisiert, dass die Verwaltung keine Trenddaten aus dem Jahr 2019 liefere, um die Veränderung der Situation beurteilen zu können. Zudem

vermisst er eine klare Erklärung für die Kategorie „Befund ohne Abklärungsempfehlung“ und kritisiert den diffusen Abschluss des Verwaltungsvorschlags. Er betont, dass der Kita-Besuch zwar als unabdingbar gelte, aber die Studie dazu keine Ergebnisse enthalte.

KTA Kerstin Peters fragt nach der Definition der Kategorie „Befund ohne Abklärungsempfehlung“ und bittet um konkrete Beispiele.

EKR Simon Schermuly schlägt vor, die Begrifflichkeit und medizinischen Hintergründe der Kategorie „Befund ohne Abklärungsempfehlung“ durch die Ärztin Hirschgänger zu klären. Er betont, dass Mundhygiene einen erheblichen Einfluss auf die Sprachqualität habe.

KTA Kurt Herzog fasst zusammen, dass drei Punkte nachgeliefert werden müssen: die Erklärung der Kategorie „Befund ohne Abklärungsempfehlung“, die Darstellung der Trendentwicklung (mindestens Daten aus 2019) und das Ergebnis der Studie zur Kita-Wirkung. Er kritisiert, dass die aktuelle Situation mit 40 Prozent Auffälligkeiten bei Jungen und 30 Prozent bei Mädchen einen erheblichen Handlungsbedarf darstelle.

KTA Heike Bade verweist darauf, dass die Einbeziehung der Eltern in die Statistik nicht ausschließlich auf die Mutter beschränkt sein sollte, sondern auch Väter einbeziehe, um Gleichstellung zu wahren.

KTA Matthias Gallei schlägt vor, das Thema gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss zu bearbeiten, um die Zusammenarbeit mit der Schuleingangsuntersuchungsärztin und anderen Fachkräften zu stärken. Er betont die Notwendigkeit eines Formats, das Kitas, Verbände und Fachkräfte einbeziehe.

KTA Heike Bade kündigt an, dass ein gemeinsamer Ausschuss mit dem Gesundheitsamt geplant werden soll.

Kenntnis genommen

9. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

9.1. Anfrage von KTA Herzog (SOLI) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.01.2026: Gibt es in DAN Fälle von Ersatzzwangshaft für Schulabstinenz? 2026/702

KTA Heike Bade betont, dass die Anfrage sich auf Fälle von Ersatzzwangshaft bei Schulabstinenz konzentriere, insbesondere auf die Rolle des Landkreises und der Kommunen. Sie weise darauf hin, dass die Schule zunächst Gespräche zur Ursachenfindung führe, bevor kommunale Maßnahmen wie Bußgeldverfahren oder Ersatzzwangshaft in Betracht gezogen würden.

KTA Kurt Herzog begründet seine Aufmerksamkeit für das Thema mit einem Artikel in der EJZ, der die Begrifflichkeit „Ersatzzwangshaft“ thematisiere. Er stelle fest, dass Niedersachsen mit 356 Fällen im Jahr 2025 deutlich vorne liege, während Hessen mit 48 Fällen nur ein Zehntel dieser Zahl erreiche. Dies zeige, dass Niedersachsen eine andere Philosophie verfolge, bei der unentschuldigtes Fehlen durch scharfe Sanktionen wie Bußgeld oder Knast bekämpfe. Er fragt, wie der Landkreis mit solchen Fällen umgehe, insbesondere nach dem Übergang von der Schule zur Kommune, und welche weiteren Maßnahmen über Bußgeld hinausgreifend ergriffen würden.

EKR Simon Schermuly erläutert, dass der Personalmangel im Schulamt zu einer unbesetzten Stelle und damit zu Verzögerungen und zu Kommunikationsproblemen zwischen Schulen und Kreisverwaltung im Zeitraum zuvor geführt habe. Er betont, dass der Landkreis versuche, weg von Bußgeldverfahren zu kommen, da viele Familien nicht in der Lage seien, Schulpflichten zu erfüllen. Stattdessen würden Maßnahmen wie Familienhilfen durch das Jugendamt, Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt und das Gesundheitsamt eingesetzt, um Schulpflichtverletzungen vorzubeugen und zu begegnen. Er erwähnt die Einrichtung einer Mitarbeiterin im Jugendamt, die gezielt Familien aufsuche, und die Entwicklung eines Konzepts mit verschiedenen Ämtern, um Schulpflichtverletzungen zu bekämpfen. Zudem sei die Schulpflichtverweigerung nach Corona-Zeit gestiegen, oft durch Gründung von freien Schulen.

Beratendes Mitglied Hartmut Berg schlägt vor, ein präventives Konzept mit einem Präventionsrat zu entwickeln und Jugendwerkstätten sowie die Jugendberufsagentur einzubeziehen, um Schülern Alternativen zu bieten.

EKR Simon Schermuly erläutert, dass Schulabsentismus als Kindeswohlgefährdung eingestuft werde, wodurch Familienhilfen wie Beratungsgespräche und EGH-Maßnahmen eingerichtet würden. Er erwähnt,

dass früher sogar Kinder aus Familien herausgenommen wurden, was mittlerweile nicht mehr der Fall sei.

KTA Uwe Dorendorf vermerkt, dass er keine aktuellen Änderungen im Ministerium kenne und dort nachfragen werde.

KTA Kurt Herzog appelliert an die Landkreisebene, die hohe Quote von Ersatzzwangshaft in Niedersachsen zu thematisieren.

Kenntnis genommen

9.2. Konzept der Unterbringung Neu Tramm

2025/604

FDL Stephanie Ehrhardt schlägt vor, dass alle das Konzept in Ruhe lesen könnten, Rückfragen stellen und es ggf. noch mit in den neuen Beirat genommen werden kann. Sie erwähnt, dass die Bewohnerzahlen sich leicht verändert hätten und das Konzept teilweise noch angepasst werden müsse. Sie kündigt an, regelmäßig über den Stand zu berichten, und informiert. Sie betont, dass aktuell eine Überquote bestehe, keine Zuweisungen erfolgten und ab März eine neue Quote aufgrund des vermehrten Zulaufs von Ukrainern erwartet werde. Sie nennt die aktuelle Gesamtzahl von 108 Bewohnern, wovon 49 Ukrainer seien.

KTA Kurt Herzog weist auf die Umsetzung abschließbarer Küchen und Kühlmöglichkeiten im Februar hin.

EKR Simon Schermuly bestätigt, dass Küchen bestellt seien, im Februar installiert und die Küchengeräte Anfang März geliefert werden.

Kenntnis genommen

9.3. Anfrage von KTA Korth im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 25.01.2026: Bezahlkarte

2026/706

KTA Kurt Herzog fragt konkret nach der Anzahl der Personen, die die Bezahlkarte besitzen, der Anzahl der Minderjährigen (über 14 Jahre) sowie der Anzahl der Ausnahmegewährungen über 50 Euro. Zudem fragt er, ob die Erklärvideos in 25 Sprachen, die in Hamburg entwickelt wurden, in der Region verwendet werden.

FDL Stephanie Ehrhardt gibt an, dass derzeit etwa 140 Personen eine Karte besitzen, wobei die genauen Zahlen zu Minderjährigen noch nachgereicht werden. Sie erklärt, dass Minderjährige ab 15 Jahren die Karte selbst auswählen und ab 18 Jahren verpflichtend erhalten. Sie bestätigt, dass bislang keine Anfragen zur Ausnahmegewährung über 50 Euro gestellt wurden, und betont, dass in Sondersituationen individuelle Entscheidungen getroffen werden. Zudem teilt sie mit, dass die App-Einrichtung unterstützt werden kann, sensible Bereiche jedoch nicht bearbeitet werden dürfen. Sie erwähnt die Zusammenarbeit mit Bleiben und die Einführung von Infozetteln und Informationsvideos.

KTA Kurt Herzog fragt, ob eine Whitelist mit akzeptierenden Geschäften existiert.

FDL Stephanie Ehrhardt bestätigt die Existenz einer solchen Liste, wobei die Sparkasse ausgenommen ist.

KTA Kurt Herzog fragt, warum die Sparkasse nicht teilnimmt.

EKR Simon Schermuly erklärt, dass die Sparkasse Mastercard nutzt, während die Bezahlkarte Visa-Basis hat, was technisch inkompatibel sei.

Beratendes Mitglied Hartmut Berg fragt, ob Einfluss auf die Sparkasse genommen werden könne, um Visa zu nutzen, und betont die eigene Frustration über die fehlende Akzeptanz.

EKR Simon Schermuly verspricht, dies bei Herrn Pils anzufragen.

KTA Christian Carmienieke nennt alternative Banken wie die Volksbank und Automaten der DIBA in Dannenberg bei Famila sowie Supermärkte als Abhebungsmöglichkeiten.

Kenntnis genommen

9.4. Wohngeldanträge

KTA Christian Carmienieke berichtet, dass ein Wohngeldbezieher am 2. Januar aufgrund der nicht erfolgten

Überweisung seines Wohngeldes in Verlegenheit gebracht wurde. Der Bürger habe am 4. Januar bei der Kreisverwaltung nachgefragt, wo ihm mitgeteilt wurde, dass die Sachbearbeiterin im Urlaub sei und deshalb keine Auskunft erteilt werden könne. Er fragt, ob es tatsächlich so sei, dass keine Zahlungen erfolgen, wenn der zuständige Sachbearbeiter im Urlaub ist.

FDL Stephanie Ehrhardt erklärt, dass Wohngeld grundsätzlich als monatlicher Zahlungslauf ausbezahlt werde, wobei Vorschüsse nur in Ausnahmefällen gewährt würden. Sie betont, dass im Landkreis Lüchow-Dannenberg ein Systemgenutzt werde, während andere Landkreise Programme einsetzen, die direkt mit der N-Bank-Abrechnung verbunden seien. In solchen Fällen sei die Zahlung automatisiert und der Landkreis habe keinen Einfluss mehr auf den Zahlungsprozess. Sie verspricht, den Einzelfall nach der Sitzung im Fachdienst zu prüfen.

FDL Stephanie Ehrhardt erklärt, dass der Landkreis derzeit das hiesige System mit einer Schnittstelle zu *Nscale* nutze. Zwei Mitarbeitende würden in Kürze nach Lüneburg fahren, um alternative Systeme zu prüfen. Sie betont, dass *das System* zwar veraltet sei, aber in Niedersachsen verbreitet genutzt werde. Ein Wechsel zu einem automatisierten System über die N-Bank könne Personalressourcen sparen, darüber möchte man sich informieren.

Kenntnis genommen

gez. Bade

Vorsitzende

gez. Ehrhardt

Protokollführung